

# **NEUES AUS DER FRAKTION**

Der Newsletter der  
SPD-Gemeinderatsfraktion Tübingen  
Ausgabe 3-2021



**Martin Sökler**  
Fraktionsvorsitzender

**Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freundinnen und Freunde,**

wer hätte sich das noch vor einem halben Jahr träumen lassen. Kanzler der Bundesrepublik Deutschland ist mit Olaf Scholz wieder ein Sozialdemokrat. Das Ergebnis der Bundestagswahl ist für uns ein Grund großer Freude. Wir konnten damit auch unseren Anspruch, linke Volkspartei zu sein, behaupten. Jetzt liegt es an uns und unseren Koalitionspartnern in der Ampel der Verantwortung auch gerecht zu werden. Der Start stimmt optimistisch sowohl im Blick auf das Personal, den Stil als auch die Inhalte. Auch als Partei sind wir nach dem Parteitag am 3. Adventsamtstag gut sortiert. Die Parteispitze ist mit Saskia Esken und Lars Klingbeil jünger geworden und bildet die Breite der Partei auch ab. Mit Kevin Kühnert rückt unsere derzeit größte politische Begabung in die erste Reihe vor.

Jetzt gilt es, den Schwung und den Rückenwind aus Berlin auch für die Kommunalpolitik zu nutzen. Immerhin stehen in Tübingen in zehn Monaten schon wieder Wahlen an, nämlich die OB-Wahl. Die vom Ortsvereinsvorstand eingesetzte Findungskommission arbeitet daran, schon bald einen guten Personalvorschlag zu machen.

Eines der Themen im OB-Wahlkampf wird sicher die Frage sein, wohin sich Tübingen entwickeln soll. Soll Tübingen weiter wachsen? Sind bei der Innenentwicklung die Grenzen erreicht, brauchen wir die anvisierten Neubaugebiete in den Teilorten, brauchen wir die Entwicklung des Saibens, sollen noch Gewerbebetriebe angesiedelt werden? Für die SPD-Fraktion ist klar: Wachstum ist kein Selbstzweck. Möglichst wenig Flächenverbrauch, der Erhalt von Naherholungsräumen und der Schutz von Natur und Artenvielfalt sind sehr wichtig. Wichtig ist uns aber auch, dass Menschen aller Einkommensklassen die Chance haben in Tübingen zu leben und dass auch unsere Kinder und Enkel noch gut bezahlte Jobs in Zukunftsbranchen in unserer Stadt vorfinden. Mehr Sozialwohnungen geht nicht ohne Neubau und krisenfeste Arbeitsplätze gibt es nicht ohne Flächenangebote zumindest für bereits in Tübingen ansässige Firmen, die erweitern wollen wie in den

letzten Jahren bspw. Amazon, Porsche oder Curevac. Das waren und sind für uns die Leitplanken bei den Diskussionen über die Neufassung des Flächennutzungsplans für Wohnen, Gewerbe, Uni und UKT.

Aktuell ist genau Halbzeit der aktuellen Amtsperiode des Gemeinderats. Für uns ein Anlass in diesem Newsletter anhand von ausgewählten Themen Zwischenbilanz zu ziehen: was haben wir von unserem Programm schon umgesetzt, wo müssen wir noch aktiver werden. Ute Leube-Dürr wird sich dem Thema Erinnerungskultur annehmen, Gundula Schäfer-Vogel der Digitalisierung, Ingeborg Höhne-Mack dem Thema Wohnen, Gerhard Neth den Teilorten und Doro Kliche-Behnke dem Bereich Familie und Kinder sowie Bildung. Von mir findet Ihr noch eine Betrachtung zum Thema Mobilität. Wir haben zwar den Bürgerentscheid zur Regionalstadtbahn verloren, konnten aber durchaus wichtige Punkte in Sachen ÖPNV und damit auch beim Klimaschutz durchsetzen.

Leider immer noch nicht zu Ende ist die Corona-Pandemie. Das kleinste Problem dabei ist, dass die Gemeinderatsarbeit wieder weitgehend digital bei Zoom und Teams stattfinden muss. Aber es sterben immer noch und wieder mehr Menschen jeden Tag an Covid-19 und die Mitarbeiter\*innen auf den Intensivstationen sind mit ihren Kräften am Ende. Unsere schärfste Waffe im Kampf gegen das Virus ist das Impfen und Boostern. Hier vor Ort legen sich UKT und die Ärzteschaft mächtig ins Zeug, um Impfangebote zu schaffen, und in Berlin haben wir jetzt mit Karl Lauterbach einen sehr sachkundigen Bundesgesundheitsminister. Mögen wir es gemeinsam schaffen, der Pandemie bald ein Ende zu bereiten.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion wünscht allen ein besinnliches und frohes Weihnachtsfest und Glück und vor allem Gesundheit im neuen Jahr 2022.

**Euer Martin Sökler**



Die SPD-Fraktion bei einer Begehung des alten Güterbahnhofs im Sommer 2021.

## ERINNERUNGSKULTUR IN TÜBINGEN ODER BRAUCHT TÜBINGEN EIN LDNS?

Ute Leube-Dürr

Schon seit vielen Jahren beschäftigen sich Gemeinderat und Verwaltung mit dem Thema Erinnerungskultur. Ein bereits sichtbarer Erfolg ist der Geschichtspfad, mit dem wichtige Orte für die Zeit des Nationalsozialismus kennengelernt werden können. Und in allen Diskussionen sind sich alle Akteur\*innen immer einig: Die Beschäftigung mit der NS-Zeit auch in der eigenen Stadt ist unerlässlich für die Stärkung der Demokratie, sie macht aufmerksam für Veränderungen in Politik und Gesellschaft, sensibilisiert für nationalistische Tendenzen und Rassismus. Gerade jetzt ist es nötiger denn je, die Erinnerung wach zu halten und jungen Menschen die Gelegenheit zu geben, sich mit der NS Zeit, ihrer Entstehung und ihren Folgen auseinander zu setzen. Aber braucht es dafür ein Dokumentationszentrum an einem „authentischen“ Ort wie z.B. dem alten Güterbahnhof? Und ist der Verein Lern- und Dokumentationszentrum zum Nationalsozialismus (LDNS) dafür der richtige Träger?

Für uns steht es außer Zweifel, dass wir ein Lernzentrum brauchen, eine Koordinationsstelle für die unter-

schiedlichen Gruppierungen, die sich mit der NS-Zeit beschäftigen, und Räumlichkeiten, in denen sie Projekte durchführen können.

Als nun im Mai die Planung für die Umgestaltung der Güterhalle vorgelegt wurde, war klar, dass die Einrichtung eines LDNS nicht mehr mitgedacht wurde. Lediglich der Beobachtungsstand sollte erhalten und von beiden Seiten begehbar bleiben. Deshalb hat die SPD einen interfraktionellen Antrag auf den Weg gebracht, der einen Workshop mit allen, auf dem Gebiet der Erinnerungskultur aktiven Vereinen, Gruppen und Institutionen forderte, um folgende Fragen zu klären: (1) welche inhaltlichen Ziele sollen im Vordergrund stehen, (2) welche Kooperationsmöglichkeiten ergeben sich und (3) welche Bedarfe hinsichtlich Räumlichkeiten, Finanzierung, Personal bestehen. Ein weiterer Antrag der SPD-Fraktion forderte den Erhalt und die Ausgestaltung des Beobachtungsstands mit dem Thema „Zwangsarbeit“.

Der Workshop fand im September statt. Viele Gruppen stellten ihre Arbeit vor, der Verein LDNS hatte die Gelegenheit, seine derzeitigen Planungen und Wünsche ausführlich darzulegen. Neue Örtlichkeiten wurden in die Debatte eingeführt: Das Obergeschoss der VHS und das ehemalige Versorgungskrankenhaus auf dem Sand. Experten gaben zu Bedenken, dass es in Tübingen viele dezentrale Erinnerungsorte gibt, das Stadtmuseum erläuterte sein neues interaktives Ausstellungskonzept zum Thema NS-Zeit. Viele wichtige Anstöße. Was aber fehlt ist die Universität, die für den ganzen Komplex der Erinnerungskultur ein so wichtiger Faktor ist. Das finden wir bedauerlich.

Und wie ist jetzt der Stand der Dinge?

Der nächste Schritt ist die Besichtigung der Räumlichkeiten in der VHS und – falls sie geeignet sind – die Klärung, welche Rolle der Verein LDNS für das Lernzentrum spielen könnte/sollte. In den Verhandlungen zum nächsten Haushalt wird es darum gehen, Mittel für ein Lernzentrum und eventuell eine Stelle zur Koordination vorzusehen. Wir denken, dass auch eine Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv notwendig ist und dafür eventuell dort eine Stelle für Archivpädagogik benötigt wird, die mit dem Lernzentrum kooperiert.

Es bleibt ein wichtiges Thema und wir setzen uns weiterhin für eine gute Lösung ein.

# MOBILITÄT UND ÖPNV – WO STEHEN WIR

Martin Sökler

Wir müssen und werden respektieren, dass sich beim Bürgerentscheid eine klare Mehrheit gegen die Stadtbahn als aus unserer Sicht beste Lösung für ÖPNV und Klima ausgesprochen hat. Es ist unsere Aufgabe, jetzt bestmögliche Alternativen zu entwickeln und umzusetzen. Dazu gehört eine optimale Verknüpfung der Regionalstadtbahnstrecken mit dem TüBus durch Mobilitätshubs am Westbahnhof, am Hauptbahnhof und in der Neckarau. Wir werden sehen, ob damit substantielle Verbesserungen beim Pendlerverkehr erreicht werden können oder ob wir die Diskussion um die Fortführung der Stadtbahn in der Innenstadt in einigen Jahren erneut führen werden.

Wenn es – zumindest auf einige Jahre – mit der Stadtbahn nichts wird, ist es umso wichtiger, den TüBus selbst voranzubringen. Maßgeblich auf Betreiben der SPD-Fraktion wurden in den letzten Jahren wichtige Erfolge erzielt und Punkte aus unserem Kommunalwahlprogramm abgearbeitet:



Die neue B28.  
Allein so kann die Mobilität der Zukunft nicht aussehen.

**Sozialtickets:** Menschen mit BonusCard bezahlen nur 15 € für die Monatskarte, Kinder und junge Erwachsene nur 10 €, für das Tricky Ticket sogar nur 5€

**Ausbau der Leistungen:** seit dem Fahrplanwechsel am 12. Dezember gibt es 80.000 TüBus-Fahrten mehr aufs Jahr. Stundentakte gehören der Vergangenheit an. Das Angebot der Linien 11 und 12 wird verdoppelt.

**365-Euro-Ticket:** Spätestens ab dem 01. Januar 2023 wird es auf 5 Jahre abgesichert ein 365-Euro-Ticket für alle in Tübingen geben. Auch andere Abopreise werden deutlich gesenkt. Es wird damit Schluss gemacht, dass der ÖPNV im Vergleich zum Auto immer teurer wird.

**TüBus umsonst** am Samstag bleibt erhalten.

Der Naldo wird einen **Fahrgastbeirat** einrichten.

2022 werden die ersten fünf Busse mit **WLAN** ausgestattet (ein von uns unterstütztes Projekt des Jugendgemeinderats).

Von den Stadtwerken wird die **Elektromobilität** gepusht werden. Es wird ein CarSharing-System mit Elektroautos geben und einen massiven Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur.

Das **Radwegenetz in Tübingen** nimmt langsam Gestalt an. Die erste Radbrücke über die Steinlach ist gebaut, die Baubeschlüsse für die Radbrücke West am Wildermuth-Gymnasium und die Radbrücke Ost beim Stauwehr sind gefasst. Der Bankmannsteg in Lustnau wird als barrierefreie Fuß- und Radwegebrücke erneuert. Auch das blaue Band als Ost-West-Verbindung durch die Stadt wird zunehmend erkennbar.

Damit sind wir nicht am Ziel. Wenn die Landesgesetzgebung die Erhebung einer Nahverkehrsabgabe erlaubt, treten wir für deren Umsetzung in Tübingen ein. Dann werden weitere Schritte in Richtung TüBus-umsonst möglich sein.

# BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN

Ingeborg Höhne-Mack

Die letzten zweieinhalb Jahre waren geprägt von einer Vielzahl von Planungen für die Schaffung von Wohnraum – im Innenbereich vor allem in der Südstadt und in den Mühlbachäckern, auf dem SWR-Gelände und dem Queckareal in Lustnau, im Außenbereich durch das Programm der Baulandentwicklung für die neuen Baugebiete in den Teilorten, allen voran Bühl und Pfrondorf. „Junge Familien sollen die Chance haben, in ihrem Heimatort wohnen zu bleiben und zu Wohneigentum zu kommen. Es wird ab 2021 erste Früchte tragen.“ schrieben wir damals noch voller Optimismus. Diese Zuversicht hat sich deutlich relativiert. In allen Teilorten sind die Planungen mindestens 2 Jahre im Rückstand – eine Feststellung, die generell für städtische Planungen und Entwicklungsprozesse gilt und die Schaffung neuen Wohnraums entsprechend hemmt. Und: seit ca. 2 Jahren haben wir es mit einer Explosion der Baupreise im Hoch- und Tiefbau zu tun, die die Möglichkeiten gerade der jungen Generation zum Erwerb von Wohnraum für den eigenen Bedarf weiter reduziert.

Gleichzeitig wächst der Druck auf den Tübinger Wohnungsmarkt durch die Schaffung weiterer Arbeitsplätze in der Stadt (jedes Jahr ca. 1000), die der Stadt Zukunftsfähigkeit und wichtige Steuereinnahmen sichert, aber auch dazu führt, dass die weniger Betuchten (darunter viele junge Familien, Beschäftigte in Pflege- und Erziehungsberufen...) auch als Mieter\*innen immer weniger Chancen haben, sich mit passendem Wohnraum zu versorgen.

Dabei wird in der Stadt das „Fairer Wohnen-Programm“ konsequent umgesetzt – auch bei der Entwicklung privater Flächen (z.B. Queckareal) muss es angewendet werden, so dass in Tübingen der Wegfall von Sozialbindungen im Wohnungsbestand vor allem auch durch die GWG mehr als ausgeglichen wird durch die Bindungen im Neubaubereich. (Dies ist republikweit noch nicht der Fall). Auch wichtige Wohnprojekte für Ältere warten noch auf ihre Realisierung, obwohl sich hier etliches tut in der Kernstadt wie auch in den Teilorten. (Als SPD-Fraktion haben wir einige Hoffnung in die Vergabe von Grundstücken in Erbpacht gesetzt, um Bodenspekulation und damit

hohe Mietpreise zu verhindern. Das gleichbleibend niedrige Zinsniveau verhindert aber, dass sich Baugeinschaften oder andere Träger dafür entscheiden.) Genossenschaftliche Modelle sind daher zurzeit ein wichtiges Instrument für die langfristige Begrenzung von Bau- und Mietkosten und die Umsetzung innovativer Ansätze für solidarischere Wohnformen – sie finden in Teilorten Anwendung wie auch, durch Organisationen wie Mietshäuser-Syndikat und Neustart und aktuell nach der Gründung der Dachgenossenschaft, künftig vermehrt in der Kernstadt.

Gemeinwohlorientierte Wohnungsbaugesellschaften (werden wir in diesem Bereich eine neue Gemeinnützigkeit bekommen??) wie GWG und Kreisbau machen wirklich große Anstrengungen, ihren Bestand (beide aktuell mehr als 2000 Wohnungen) energetisch zu sanieren und zu modernisieren und klimafreundlichen (Holz-)Geschosswohnungsbau zu schaffen. Aber auch ihnen machen die langen Planungszeiträume, Materialbeschaffungsprobleme und die Kostenexplosion zu schaffen. Welche Möglichkeiten sich auf WHO bieten werden, wo preisgünstiger Neubau durch vorhandenen Grundstücksbesitz der Gesellschaften immerhin einfacher wäre, wird sich frühestens ab 2023 zeigen, wenn der gerade aufgestellte Rahmenplanentwurf für das „Soziale Stadt“-Gebiet verabschiedet sein wird. Und natürlich werden wir uns dabei auch für die Interessen derjenigen einsetzen, die sich nicht gut selbst versorgen können. Tübingen muss eine Stadt für alle bleiben – die Entwicklung auf WHO muss dazu beitragen.

Schließlich: Im Mittelpunkt einer derzeit immer wieder aufflammenden Debatte zur Frage: „Welches und wieviel Wachstum verträgt Tübingen?“ steht im Wohnungsbaubereich naturgemäß weiterhin der Saiben. „Die damit verbundene Ausweitung der bebauten Flächen muss den Anforderungen des Klimaschutzes und des demografischen und gesellschaftlichen Wandels gerecht werden.“ – So unser Wahlprogramm und so unsere Haltung. Klimaneutrales Bauen ist möglich, der Zielkonflikt (Erhalt des Saiben als landwirtschaftliche Fläche und CO<sub>2</sub>-Senke) wird so besser gelöst als durch die riesige Zersiedelung und Versiegelung von Flächen in den umliegenden Kreisgemeinden, die seit Jahren stattfindet, um die Nachfrage zu bedienen.

Nach dem Scheitern der Bewerbung für eine Landesgartenschau in Tübingen, die dem Projekt wenigstens ein bisschen Schwung verliehen hätte, ist es deswegen nun an uns eine neue Initiative zu starten. Ziel: Beginn der Umsetzung deutlich vor 2030!



## POLITIK FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Dorothea Kliche-Behnke

Ihr habt euch schon mal über die vielen Blitzer in Tübinger Wohngebieten geärgert? Oder über die Zunahme an Fahrradwegen, die zum Teil Platz für Autos verdrängen? Über die Erhöhung der Grundsteuer oder der Kosten fürs Anwohnerparken? All das hat mit unserer Politik zu tun, die Kinder und Jugendliche und ihre Bedürfnisse in den Blick nimmt und sie im besten Fall von Anfang an beteiligt. Denn wenn wir eines aus der Corona-Pandemie gelernt haben, dann dass Kinder und junge Menschen nicht nur gehört, sondern auch beteiligt werden müssen. Konkret heißt all das für uns:

### 1. Mobilität und Wohnen

Wir wollen sichere Schulwege, das blaue Band für Fahrradfahrer\*innen, vergünstigten ÖPNV und bessere Bustakte. Vieles haben wir durch Anträge in Haushaltsverhandlungen erreicht und oftmals gemeinsam mit dem Jugendgemeinderat Druck gemacht. Unser Einsatz für bezahlbares Wohnen zielt auch und besonders auf Familien ab. Ob Alleinerziehende oder Familien mit vielen Kindern – wir müssen in allen Stadtteilen und Teilorten für entsprechende Wohnungen sorgen.

### 2. Freizeit

Sport- und Musikvereine, Institutionen wie die Musikschule, die Stadtbücherei, Familienzentren, die Familienbildungsstätte, „Schwimmen für alle Kinder“ oder Mädchentreff: Tübingen hat eine reichhaltige soziale Infrastruktur, die wir als SPD unterstützen und stärken. Mit dem Runden Tisch „Kinderarmut“ setzen wir uns dabei vor allem für eine Teilhabe von Kindern aus Familien mit kleinen Einkommen ein. Aber leider können wir uns bis heute nicht mit all unseren Forderungen durchsetzen: Unser Antrag für ein Projekt „Spielstadt für Kinder“ in Tübingen und für ein weiteres mehrwöchiges Betreuungsangebot oder Waldheim in den Sommerferien findet bislang keine Mehrheit. Dabei mussten dieses Jahr zum wiederholten Male im beliebten „Spatzennest“ Kinder abgewiesen werden. Wir bleiben dran!

### 3. Bildung:

Von je her setzt sich die SPD in Tübingen für starke Bildung ein. Das fängt bei der frühkindlichen Bildung an und heißt in unserer Amtszeit besonders, dem Fachkräftemangel in unseren Kitas etwas entgegenzusetzen und verlässliche Betreuungszeiten zu gewährleisten. Im Bündnis für Gebührenfreiheit setzen wir uns für die Entlastung von Familien ein. Wir haben uns lautstark zu Wort gemeldet, als mit Beginn der Coronakrise die Schulumens schließen mussten, und begleiten aktiv den Prozess der Umsetzung der Ganztageschulen. Dabei können wir mit Ute Leube-Dürr und Ingeborg Höhne-Mack mit geballter bildungspolitischer Kompetenz aufwarten.

### 4. Kinder und Jugendliche ernst nehmen

Wir greifen Anregungen gern auf, die von Kindern und Jugendlichen kommen. Dafür hören wir hin, was unsere eigenen Kinder fordern, und sind präsent an Orten, an denen junge Leute diskutieren oder demonstrieren (wie beim Kinderrathaus, das endlich mal wieder stattfinden sollte, beim Jugendgemeinderat, dem CSD oder bei Fridays for Future). Um ein konkretes Beispiel zu nennen: Nach Hinweisen von Schülerinnen habe ich bereits vor einiger Zeit den Antrag gestellt, dass an Tübinger Schulen Menstruationsartikel zugänglich sein sollen. In diesem Jahr wurde nach einem Antrag der „Partei“ entsprechendes Geld im Haushalt eingestellt. Wir freuen uns auch in Zukunft über Anregungen von Eltern und Kindern – über Instagram, per Mail oder beim nächsten Treffen unseres Bündnisses für gebührenfreie Kita.

## STARKE TEILORTE – EINE DAUERAUFGABE

Gerhard Neth

„Ein guter Schluss zielt alles“ - so haben wir das letzte Kapitel in unserem Wahlprogramm 2019 den Tübinger Teilorten gewidmet. Eine Zwischenbilanz dieser Querschnittsaufgabe ist nicht einfach. Bei der Fülle der Themen und Aufgaben, die mit Sicht auf die gesamte Stadt zu behandeln sind, ist uns der Blick auf die Ortschaften jedoch nicht abhanden gekommen.

Wir sind mit den Ortschaftsräten in gutem Kontakt und konnten in wichtigen Punkten dazu beitragen, dass die besonderen Anliegen der Ortschaften berücksichtigt wurden. Auf folgende Punkte soll kurz eingegangen werden:

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass das soziale Miteinander und das große ehrenamtliche Engagement auch in den Teilorten immer mehr an seine Grenzen stoßen. Gerade in Pandemiezeiten sehen wir in der Stärkung (noch) funktionierender Nachbarschaften und vorhandener Sozialräume einen besonderen Schwerpunkt. Auf Initiative der SPD verabschiedete der Gemeinderat eine Resolution zur Reform der Abgabenordnung des Bundes, um die Gemeinnützigkeit der Arbeit von Stadtteil- und Bürgertreffs dauerhaft zu erleichtern und abzusichern. Auch in den Teilorten ist

einiges in Bewegung gekommen. So haben wir uns mit Freude für den neuen Stadtteiltreff im alten Hirschauer „Ratsstüble“ und den im Oktober 2021 eröffneten Bürgertreff in Unterjesingen eingesetzt.

Weitere Vereine für bürgerschaftliches Engagement sind gegründet und kümmern sich in den Teilorten u.a. um das wichtige Projekt „Seniorenleben & Pflege“. Weit vorangeschritten sind die Planungen für eine Pflegewohngemeinschaft und eine Tagespflege im Bereich eines Wohnbauprojekts der GWG im neuen Baugebiet „Obere Kreuzäcker“ in Bühl. Eine Entwicklung, die wir als Baustein der „Tübinger Pflegestrategie“ sowohl im Gemeinderat wie auch im Aufsichtsrat der GWG aktiv begleiten und unterstützen.

Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Sicherheit in den Teilorten ordnen wir den örtlichen Feuerwehren eine besondere Bedeutung zu. Wir haben uns im Wahlprogramm für die Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans stark gemacht. Einiges wurde auf den Weg gebracht, so hat Pfrondorf ein neues Feuerwehrhaus bekommen und die neue Feuerwache in Lustnau ist im Bau. Weiteren Investitionsbedarf sehen wir nun in den Feuerwehrhäusern Bühl und Hirschau. Neben der Anpassung an moderne Feuerwehrentechnik sind bauliche Veränderungen erforderlich, um die wichtige (Jugend-) Feuerwehrarbeit auch für Mädchen und Frauen attraktiver zu gestalten.

Mit dem Bau der neuen B 28 haben wir im Wahlprogramm flankierende Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität an den bisher stark belasteten Ortsdurchfahrten eingefordert. Die Eröffnung der Gesamtstrecke zwischen Tübingen und Rottenburg hat sich verzögert, wir werden erst im kommenden Jahr sehen, in wie weit sich die Hoffnungen auf Verkehrsentslastung bestätigen.

Damit Mobilität aus den Teilorten auch ohne PKW attraktiver gestaltet werden kann, haben wir uns für schnelle und sichere Radwege in die Kernstadt eingesetzt. Mit unserem Votum für die Radbrücke West wollen wir sicherstellen, dass ein Radschnellweg aus Rottenburg an ein leistungsfähiges „Blaues Band“ angeschlossen werden kann. Nicht zuletzt freuen wir uns auf schwäbisch „saumäßig“, dass es uns gelungen ist, den öffentlichen Nahverkehr mit Taktverdichtungen und dem 365 Euro-Ticket auch für die Teilorte deutlich attraktiver zu gestalten!

# DIGITALISIERUNG VORANTREIBEN

Gundula Schäfer-Vogel

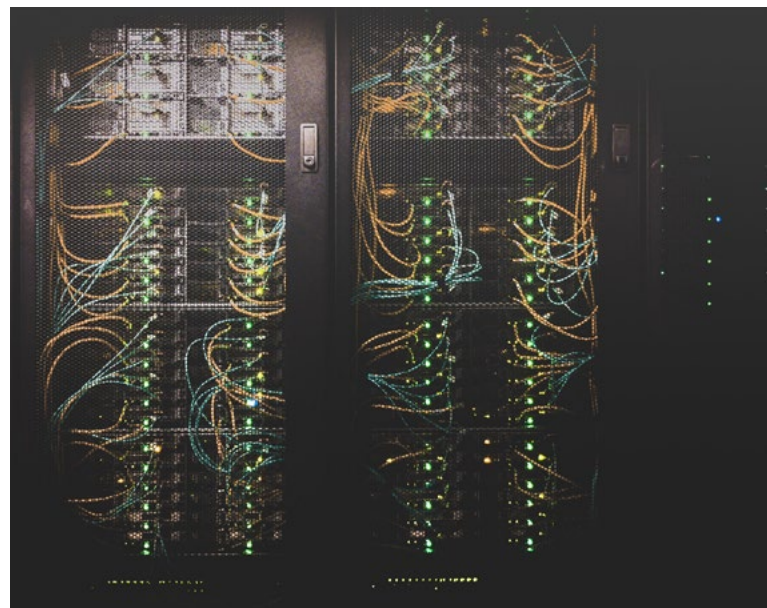
Die erste Halbzeit des im Mai 2019 gewählten Gemeinderats stand zunächst im Zeichen des Klimaschutzes, dann von Corona. In der Pandemie ist erschreckend sichtbar geworden, wie sehr wir auch kommunal mit der Digitalisierung im Rückstand sind. Das Bürgeramt durfte nur noch nach vorheriger Terminvergabe aufgesucht werden – online können aber bisher nur 17 Verwaltungsleistungen beantragt werden, darunter die Hundesteuer, obwohl nach den landesrechtlichen Vorgaben über 588 digitale Antragsmöglichkeiten bis Ende 2022 geschaffen sein sollen. Tausende Schüler\*innen wurden im Lockdown über Online-Plattformen unterrichtet. Die technische Ausstattung vieler Familien mit mehreren Kindern reichte dafür bei Weitem nicht aus. Die SPD-Fraktion hat daher die Bewilligung von Finanzmitteln für die Anschaffung von iPads für Tübinger Schulen gerne unterstützt. Diese können bei Bedarf leihweise an Schüler\*innen vergeben werden.

Immerhin treiben die Stadtwerke den Ausbau des Glasfasernetzes in den Tübinger Gewerbegebieten voran und die WIT ist 2021 bei der Schaffung eines städtischen WLAN-Netzes in eine konkrete Planung eingetreten, die 2022 im Gemeinderat diskutiert werden soll. Mit den Stimmen der SPD war die Bereitstellung von 30.000,- € im Haushalt 2020 beschlossen worden.

Dennoch bleibt die Schaffung einer Stabsstelle „Digitalisierung“, wie im Wahlprogramm 2019 gefordert, unerlässlich. Die SPD-Fraktion wird in den Haushaltsberatungen ausloten, ob ein entsprechender Antrag schon 2022 finanzpolitisch darstellbar ist. Warum? Weil Digitalisierung in verschiedensten Lebensbereichen eine unverzichtbare Voraussetzung des Klimaschutzes ist. Sie ist kein Selbstzweck. Verkehr und damit klimaschädliche Emissionen lassen sich nur reduzieren, wenn die digitalen Voraussetzungen für Homeoffice geschaffen werden, wenn der Weg zum Bürgeramt entbehrlich wird, weil Anträge online gestellt werden können. Verkehrsmodelle wie autonomes Fahren in On-Demand-Shuttles, auf die viele in der Debatte um die Innenstadtstrecke setzen wollten, brauchen immense Speicherkapazitäten, die prospektiv weder vor Ort noch in fernen Rechenzentren in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Es ist nicht sinnvoll, dass

jeder Betrieb, der Prozesse digitalisiert und mit Webshops auf moderne Absatzformen setzt, sein eigenes Rechenzentrum baut. Innovationsstandorte wie Tübingen sollten eine nachhaltige, energieeffiziente und flächenschonende Digitalisierungsstrategie entwickeln. Kommunal, ggf. interkommunal zu kooperieren, verspricht Synergieeffekte auf unterschiedlichen Ebenen. Kooperative Lösungen sind bildlich gesprochen der ÖPNV der Digitalisierung. Auch die klimaschädliche Abwärme der Server wird sich in Kooperation besser nutzen lassen. Eine nachhaltige Digitalisierungsstrategie kann daher maßgeblich zum Erreichen ambitionierter Klimaziele der EU beitragen. Denn Rechenzentren können CO<sub>2</sub>-neutral operieren. Der EU Green Deal gibt vor, dass dies bis 2030 zu gelingen hat. Das passt zum Zeitplan des Tübinger Klimaschutzprogramms.

Eine städtische Stabsstelle „Digitalisierung“ muss dabei in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken und der WIT ausloten, in welchen Bereichen die Digitalisierung wie weiter vorangetrieben werden muss, in welchen Bereichen Prioritäten gesetzt werden sollten und wer welche Prozesse konzeptualisieren und steuern soll. Die SPD wird mit den Geschäftsführern von WIT und SWT das Gespräch suchen, um die notwendigen konstruktiven Ansätze zu entwickeln. Der oberste Klimaschutzler der Stadt hat die Digitalisierung bisher zu Unrecht vernachlässigt.



Der Blick in ein Rechenzentrum.





## FRAKTIONSARBEIT IN DER PANDEMIE

Mit dem Beginn der Pandemie hat sich unsere Arbeit als Gemeinderatsfraktion stark verändert. Nicht nur begegnen wir weniger Bürger\*innen direkt bei verschiedenen Veranstaltungen in der Stadt, sondern Fraktions-, Ausschuss- und Gemeinderatssitzungen sehen dieser Tage auch anders aus.

Mit dem Beginn der Pandemie haben wir unsere Fraktionssitzungen aus dem Sitzungsraum 108 des Rathauses am Markt in eine regelmäßige Zoom-Schleife am Montagabend verlegt. Wie das aussieht kann man im obigen Bild erahnen.



In Zeiten niedriger Inzidenzen haben wir uns wieder an Präsenz-Formaten versucht. Mit Regelungen zur Maskenpflicht und entsprechenden Abständen fanden unsere Fraktionssitzungen zunächst öfter im Sitzungssaal des Technischen Rathauses, später regelmäßig im Hofgerichtssaal des Rathauses am Markt statt. Aktuell tagen wir wieder digital.

Ausschusssitzungen finden derweil wieder gänzlich in Präsenz im großen Ratssaal im Rathaus statt, während Gemeinderatssitzungen aktuell weiter hybrid ablaufen, also ein Teil der Stadträt\*innen im Rathaus, ein anderer von Zuhause aus teilnimmt.



## DIE ORTSBEIRÄTE IN DEN TÜBINGER STADTTEILEN

Zu konkreten Anliegen in den Tübinger Stadtteilen sind auch unsere Ortsbeiräte jederzeit ansprechbar. Sie wurden von der Fraktion entsandt:

### DERENDINGEN

Jörg Krauß  
Fürststr. 93, 72072 Tübingen  
07071 791734  
[krauss.joerg@t-online.de](mailto:krauss.joerg@t-online.de)  
Stellv.: Ulrich Weber

### LUSTNAU

Michael Fromm  
Benzstrasse 16, 72074 Tübingen  
07071 6390572  
[michaelfromm@gmx.de](mailto:michaelfromm@gmx.de)

### NORDSTADT

Hans Voehringer  
Ahornweg 10, 72076 Tübingen  
07071 687455  
[hansvoehringer@yahoo.de](mailto:hansvoehringer@yahoo.de)  
Stellv.: Maike Paduch

### STADTMITTE

Hans-Ulrich Probst  
Klosterberg 8, 72070 Tübingen  
07071 9460864  
[hans.probst@posteo.de](mailto:hans.probst@posteo.de)  
Stellv.: Gerd Müller

### SÜDSTADT

Dirk Eisenreich  
Ruth-Marx-Str. 12, 72072 Tübingen  
07071 650189  
[dirk.eisenreich@gmx.de](mailto:dirk.eisenreich@gmx.de)  
Stellv.: Andreas Weber

### WESTSTADT

Anders Zmaila  
Schwärzlocherstr. 123, 72070 Tübingen  
07071 440686  
[anders.zmaila@gmx.de](mailto:anders.zmaila@gmx.de)  
Stellv.: Werner Walser

# DIE SPD-GEMEINDERATSFRAKTION

## MARTIN SÖKLER

Aixer Str. 14, 72072 Tübingen  
07071 5071

[martin.soekler@spd-fraktion-tuebingen.de](mailto:martin.soekler@spd-fraktion-tuebingen.de)

### Ausschüsse:

- > Klimaschutzausschuss
- > Ausschuss für Planung, Verkehr und Stadtentwicklung

### Zuständig für den Tübinger Teilort:

- > Weilheim

### Weitere Funktionen und Zuständigkeiten:

- > Ältestenrat
- > Aufsichtsrat der GWG Tübingen
- > Aufsichtsrat der Stadtwerke Tübingen
- > Verbandsversammlung Zweckverband Regional-Stadtbahn Neckar-Alb
- > Ansprechperson für den Jugendgemeinderat

## DOROTHEA KLICHE-BEHNKE

Büro Dr. Dorothea Kliche-Behnke  
Karlstr. 3, 72072 Tübingen  
07071 8555400

[dorothea.kliche-behnke@spd.landtag-bw.de](mailto:dorothea.kliche-behnke@spd.landtag-bw.de)

### Ausschüsse:

- > Verwaltungsausschuss
- > Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales

### Zuständig für den Tübinger Teilort:

- > Hagelloch

### Weitere Funktionen und Zuständigkeiten:

- > Ehrenamtliche Stellvertreterin des OBs
- > Ältestenrat
- > Integrationsrat
- > Aufsichtsrat der Altenhilfe Tübingen
- > Aufsichtsrat Stadtwerke Tübingen

## GERHARD NETH

Ampferweg 9, 72072 Tübingen Bühl  
07472 441171

[gerhard.neth@spd-fraktion-tuebingen.de](mailto:gerhard.neth@spd-fraktion-tuebingen.de)

### Ausschüsse:

- > Ausschuss für Planung, Verkehr und Stadtentwicklung

### Zuständig für die Tübinger Teilorte:

- > Bühl
- > Kilchberg

### Weitere Funktionen und Zuständigkeiten:

- > Ortsvorsteher Bühl
- > Aufsichtsrat der GWG Tübingen
- > Verkehrsbeirat der Stadtwerke Tübingen
- > Immobilienkommission
- > Umlegungsausschuss

## UTE LEUBE-DÜRR

Beckmannweg 6, 72076 Tübingen  
07071 65542

[ute.leube-duerr@spd-fraktion-tuebingen.de](mailto:ute.leube-duerr@spd-fraktion-tuebingen.de)

### Ausschüsse:

- > Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales
- > Ausschuss für Planung, Verkehr und Stadtentwicklung

### Zuständig für den Tübinger Teilort:

- > Bebenhausen

### Weitere Funktionen und Zuständigkeiten:

- > Aufsichtsrat der Altenhilfe Tübingen
- > Aufsichtsrat der WIT
- > Personalkommission
- > Beirat des Jugendzentrums Epplehaus e.V.
- > Verwaltungsrat Zimmertheater Tübingen

## INGEBORG HÖHNE-MACK

Kirchnerweg 8/1, 72076 Tübingen  
07071 65359

[ingeborg.hoehne-mack@spd-fraktion-tuebingen.de](mailto:ingeborg.hoehne-mack@spd-fraktion-tuebingen.de)

### Ausschüsse:

- > Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales
- > Verwaltungsausschuss
- > Klimaschutzausschuss

### Zuständig für die Tübinger Teilorte:

- > Pfrondorf
- > Unterjesingen

### Weitere Funktionen und Zuständigkeiten:

- > Aufsichtsrat der GWG Tübingen
- > Aufsichtsrat der Sporthallen GmbH
- > Aufsichtsrat Dachgenossenschaft Wohnen
- > Nachlasskommission
- > Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbands Reutlingen/Tübingen
- > Wirtsch. Zusammenarbeit Tübingen/Reutlingen

## GUNDULA SCHÄFER-VOGEL

Steinlachallee 62, 72072 Tübingen  
07071 770302

[gundula.schaefer-vogel@spd-fraktion-tuebingen.de](mailto:gundula.schaefer-vogel@spd-fraktion-tuebingen.de)

### Ausschüsse:

- > Verwaltungsausschuss
- > Klimaschutzausschuss

### Zuständig für den Tübinger Teilort:

- > Hirschau

### Weitere Funktionen und Zuständigkeiten:

- > Verkehrsbeirat der Stadtwerke Tübingen
- > Aufsichtsrat der WIT
- > Stiftungsrat Kunsthalle
- > Universitätskommission

## **IMPRESSUM**

### **HERAUSGEBER**

SPD-Gemeinderatsfraktion Tübingen

### **VERANTWORTLICH**

Florian Zarnetta, Fraktionsgeschäftsführer

### **TEXTE**

Martin Sökler, Dorothea Kliche-Behnke,  
Ute Leube-Dürr, Ingeborg Höhne-Mack,  
Gundula Schäfer-Vogel, Gerhard Neth,  
Florian Zarnetta

### **ABBILDUNGEN**

Titel: By Roman Eisele - Own work, CC BY-SA  
4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=82661353>

S. 10 (unten links): Universitätsstadt Tübingen

S. 10 (oben rechts): Peter Jammernegg/Universitätsstadt Tübingen

### **KONTAKT**

SPD-Gemeinderatsfraktion Tübingen

Am Markt 1, 72070 Tübingen

[info@spd-fraktion-tuebingen.de](mailto:info@spd-fraktion-tuebingen.de)

[spd-fraktion-tuebingen.de](http://spd-fraktion-tuebingen.de)

[fb.com/spdfraktiontuebingen](https://fb.com/spdfraktiontuebingen)

### **BANKVERBINDUNG**

Volksbank Tübingen

IBAN: DE16 6419 0110 0062 7650 00

BIC: GENODES1TUE